

Artikel drucken: Verschleierte Spenden auch aus Hessen

drucken
29.03.2015

Halbe Million an CDU

Verschleierte Spenden auch aus Hessen



Mehr als zwei Millionen Euro Parteispenden sind im Wahljahr 2013 verschleiert worden, berichtet abgeordnetenwatch.de. Ein Großteil der bisher nicht deklarierten Spenden kam aus Hessen.

Auch größere Parteispenden würden legal verschleiert, indem die Beträge gestückelt und auf mehrere Spender verteilt würden. Einzelne Teilspenden müssten bloß unterhalb der Veröffentlichungsgrenze von 50.000 Euro liegen. Nach Recherchen von abgeordnetenwatch.de flossen auf diese Weise im Jahr 2013 insgesamt mehr als zwei Millionen Euro an die Parteien.

Knapp eine halbe Million Euro kam dabei aus dem Umfeld der in Frankfurt ansässigen Deutschen Vermögensberatung AG und ging an die CDU, wie die Organisation am Sonntag mitteilte. abgeordnetenwatch.de beruft sich dabei auf zuvor veröffentlichte Rechenschaftsberichte der Parteien.

Über den Mutterkonzern, mehrere Tochterfirmen und den 2014 verstorbenen Firmengründer Reinfried Pohl aus Marburg seien im Wahljahr 2013 insgesamt 493.000 Euro an die Christdemokraten geflossen. Eine Spende von 110.000 Euro an die CDU schreibt abgeordnetenwatch.de der Kronbergerin Ann Kathrin Linsenhoff zu.

1,5 Millionen Euro an die CDU

Dies sei bisher nicht öffentlich bekannt gewesen, ebenso wie mehrere Großspenden anderer Personen und Verbände von jeweils über 100.000 Euro an die CDU. Von den 2013 deutschlandweit laut abgeordnetenwatch.de "verschleierten" zwei Millionen Euro entfielen demnach rund drei Viertel auf die CDU. Der Rest ging an CSU und SPD.

Werde die Grenze von 50.000 Euro pro Einzelspende nicht überschritten, werde das Parteiengesetz eingehalten. Dann müssten größere Gesamtbeträge nicht sofort, sondern erst sehr viel später in den Rechenschaftsberichten angegeben werden. Das passiere unter Umständen erst zwei Jahre nach der Spende. Die Organisation kritisierte die bestehenden Regeln als unzureichend. Ob Großspenden von Konzernen, Lobbyverbänden und Unternehmern im zeitlichen Zusammenhang mit politischen Entscheidungen stehen, könne so niemand mehr unmittelbar nachprüfen.

Spenden unter 10.000 Euro müssen die Parteien gar nicht angeben. Laut der Organisation Lobbycontrol bleibt zudem unklar, wer wie viel Geld den Parteien über Sponsoring zukommen lässt. Solche Einnahmen würden nämlich nur in Sammelposten aufgeführt. Großspender hätten angefangen, Spenden durch Sponsoring einzelner Veranstaltungen zu ersetzen.

Redaktion: mape
Bild: © colourbox.de

drucken